

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1898

25.3.1898 (No. 83)

find, und daß nun zur Zeit auch dann, wenn es sich um große nationale Fragen handelt, das Centrum den Ausschlag zu geben hat. Da dies aber so gekommen ist, so sind wir uns auch der damit gegebenen Verantwortlichkeit vollkommen bewußt. Vor allem aber, und damit komme ich unmittelbar auf die Vorlage, haben sich doch in den letzten Jahrzehnten diejenigen tatsächlichen Verhältnisse ganz außerordentlich verändert, die die Grundlage der heutigen Gesetzesvorlage bilden. Gegenüber dem ungeheuren Aufschwung, den der deutsche Handel seit 1880 genommen hat, gegenüber der Tatsache, daß in den Jahren 1880 bis 1896 sich der Handel im deutschen Zollgebiet um 33 1/2 Proz. erhöht hat, während die Bevölkerung nur um 17 Proz. gestiegen ist, gegenüber der Tatsache, daß wir im Welthandel die zweite Stelle einnehmen, wie wir mit unserer Handelsflotte die zweite Stelle einnehmen, gegenüber diesen Tatsachen werden wir wohl schwerlich auf doktrinaire Erwägungen uns zurückziehen können. Auch das ist nicht zufällig, daß dieser große Aufschwung des Handels gerade vom Jahre 1880 datiert, also im Zusammenhang erscheint mit der 1879 inaugurierten neuen Zollpolitik (hört, hört!), die damals unter wesentlicher Mithilfe meiner politischen Freunde zustande gekommen ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Es ist einleuchtend, daß, wenn wir in dieser Weise mit tausend Fäden mit dem Welthandel zusammenhängen, wir auch im Stande sein müssen, mächtig und ebenbürtig neben den großen Seemächten da zu stehen. Die wirtschaftliche Entwicklung hat in ungeheurer Expansionskraft zu einem gewaltigen Wettbewerbs geführt. Deutschland ist spät in diesen Wettbewerb eingetreten. Wir müssen aber auch mit einer überaus großen Bevölkerung von 600 000 Menschen jährlich rechnen. Diese müssen einen Markt haben, einen Platz, für den sie schaffen. Deutschland ist zum größten Teil Binnenland, maritime Interessen sind nicht schon so in weite Kreise unserer Bevölkerung, unserer Jugend hineingedrungen wie vielleicht in England, und trotz alledem täuschen wir uns nicht; nach dieser Richtung haben die letzten Jahre einen großen Umschwung gebracht, und wer noch glauben wollte, die deutsche Flotte sei nicht populär, der könnte sich bei den Wahlen sehr erheblich täuschen. (Lebhafte Beifall.) Ich sage weiter, auch die Haltung der verbündeten Regierungen in Bezug auf die Marinevorlage hat sich ja geändert. (Sehr wahr! im Centrum.) Es ist in dieser Beziehung vom Herrn Referenten und vom Herrn v. Lewgow das Nötigste gesagt worden. Während wir uns früher immer beklagt haben, daß kein präziser Plan vorgelegt sei, daß man nicht wisse, wo hinaus die Verwaltung strebe, hat man uns jetzt einen abgerundeten Organisationsplan vorgelegt, und das allein mußte uns von vornherein in eine andere Stellung dieser Vorlage gegenüber bringen, als bei den früheren. Die Beratungen in der Kommission haben meinen Freunden und mir in ausreichender Weise gezeigt, daß diese Organisation eine gute und zweckentsprechende ist, daß der Plan der Verwaltung, den sie in jahrelanger Arbeit durchgeprobt hat, konsequent ist. Wenn wir uns diesem Plan jetzt anschließen, so sind wir der Meinung, daß damit auch die Stellung des Reichstags eine ganz außerordentlich bessere geworden ist. Diesen großen Gesichtspunkten gegenüber sind bei der Mehrheit meiner Freunde die Bedenken mehr und mehr abgeschwächt worden, die sie und auch mich im Anfang der Vorlage gegenüber erfüllten. Es ist aber auch ein großes Verdienst des Herrn Referenten in der Kommission gewesen, daß er uns gezeigt hat, wie diese Bedenken, soweit sie sich auf das Budgetrecht des Reichstags gründen, aufzufassen seien. Es ist kein Zweifel, daß von einer Verkümmern des Budgetrechtes nicht gesprochen werden kann, wenn jetzt zum erstenmal die Marineverwaltung kommt und Bewilligungen auf längere Zeit verlangt. Ich halte auch die Erwägung, daß man immer scheitert zwischen denen, welchen die Flotte zugute kommt, und denen, die die Lasten tragen sollen, in dieser Weise überhaupt nicht für gerechtfertigt. (Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, daß das Werk zuletzt dem großen Vaterlande dient. (Sehr richtig!) Vor allen Dingen der arbeitenden Bevölkerung. (Zustimmung.) Aus all diesen Erwägungen heraus ist die Mehrheit meiner Freunde entschlossen, für die Vorlage zu stimmen, und wir hoffen, daß damit ein Markstein in der friedlichen Entwicklung unseres Vaterlandes gesetzt wird. (Wiederholter lebhafter Beifall.)

Galler (Südd. Volksp.): Wir werden gegen das Gesetz stimmen. Auch jetzt noch liegt der Schwerpunkt der deutschen Verteidigung auf dem festen Lande. Wir wollen keine kriegerischen Verwickelungen. Wir erblicken in einer Vermehrung der Flotte eher eine Schwächung als eine Stärkung unserer nationalen Wehr- und Verteidigungskraft. Dr. Lieber sagt freilich, die Flotte werde mehr und mehr eine Lebensrolle im künftigen Kriege spielen, durch ihre sekundären Zwecke, um die Zufuhr zu sichern. Also darum sollen wir unsere Kräfte verzettern! Darum sollen wir in diesem Jahre das Doppelte bewilligen wie im vorigen Jahre dem Admiral Hollmann! Wir kennen nur zu genau die Folgen dieses Vorgehens und deshalb lehnen wir es ab.

Rickert (Freis. Ver.): Wir sind der Marineverwaltung und den Kreisen, die sich für die Entwicklung der Marine interessieren, dankbar für das überreiche Material. Daraus komme ich zu ganz entgegengesetzten Schlüssen wie der Borredner. Wir brauchen uns durch das Schweregepen der Zukunft nicht graulich machen zu lassen, wir haben uns an die Vorlage zu halten und die Zukunft der Zukunft zu überlassen. Auch ich könnte einen Spaziergang durch die Geschichte machen. Heute feiern wir ja die Erwerbung Schleswig-Holsteins. Der Borredner erinnert sich nicht mehr jener Zeiten. Damals hat das kleine Dänemark mit seinen Schiffen das große Deutschland matt gemacht und in Schach gehalten — eine Schmach! (Lebhafte Beifall.) Diese Erinnerung soll dem Borredner zu denken geben. Ich spreche die Erwartung aus, daß diese Flottenvorlage durch eine entsprechende Handelspolitik ergänzt werden möge. Man hat in den letzten Tagen das Bon mot gebraucht, als wenn wir die Advokaten des Imports wären. Wer Export will, muß auch Import wollen; eins muß das andere ergänzen. Kein Anderer als Schulge-Delikt war es, der zu einer Zeit, seit welcher sich unser Handel vervierfacht, verfunfacht hat, die Bedeutung unseres Handelsverkehrs und die daraus folgende Notwendigkeit eines Schutzes durch eine Flotte betont hat. Eine weise Politik war die Handelspolitik unserer Regierung, und diese Flottenvorlage ist eine notwendige Konsequenz derselben. Nun das Budgetrecht! Ich habe schon einmal für ein Septennat gestimmt und bin ein liberaler Mann geblieben, ich kenne in Landesverteidigungsfragen keine Parteilichkeiten. (Beifall.) Manches hätte auch ich an dieser Vorlage anders gewünscht, ein Ideal ist sie für mich nicht. Wir werden für die Vorlage stimmen in der Zuversicht, daß es dem Interesse der Nation, ihrem friedlichen Wettkampfe zum Segen gerichten wird. (Beifall.)

Fürst Radziwill (Pole): Im Auftrage meiner Fraktion habe ich ihre Stellungnahme zu erklären. Dieselbe ist, wie unser Vertreter in der Kommission bereits ausgeführt hat, eine ablehnende. Wir verwahren uns aber ausdrücklich dagegen, daß unsere Abstimmung eine Mißachtung der großen nationalen Vorlage, welche die Mehrheit dieses Hauses anzunehmen gewillt ist, bedeutet und ein Verkennen der technisch gewiß unabwiesbaren Forderung, welche eine Organisation der Wehrkraft zur See involviert. Allein es gibt Augenblicke im parlamentarischen Leben (große Heiterkeit), wo die Vertreter einer Wählerchaft die Gesamtheit der politischen Stellungnahme der Regierung in's Auge zu fassen haben und ihren Widerspruch gegen diese Stellungnahme auch in die Form einer Ablehnung kleiden darf,

ja kleiden muß. Deshalb müssen wir die Verantwortung für unsere Stellungnahme derjenigen Regierung zuschreiben, welche noch stümpf durch den Mund des Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums im Abgeordnetenhaus einem Theil der Bevölkerung und zwar gerade demjenigen, welchen auch wir in diesem Hause repräsentieren, den Krieg erklärt hat.

Höb v. Olenhausen (Welfe): Ich habe namens meiner Freunde zu erklären, daß wir die Organisation der Flotte, wie sie in den §§ 1 und 2 gefordert wird, als wünschenswert anerkennen (hört, hört!) demnach die erforderlichen Mittel im Etat bewilligen werden. (Beifall.) Der Absatz 3 im § 1 macht es aber unmöglich, für den Paragraphen im ganzen zu stimmen, ebenso wie wir den § 3 für unannehmbar erklären und auch dem ganzen Gesetz gegenüber uns ablehnend verhalten. (Große Heiterkeit.)

Dr. Schäbler (Centr.): Heute haben Sie aus den vorangegangenen Reden meiner Fraktionsgenossen erfahren, wenn Sie es nicht schon vorher gewußt haben, daß die Anschauungen über die Flottenvorlage in unserer Fraktion getheilt sind, aber nicht, worüber der Abg. Schönlank eine große Freude zu empfinden scheint, in den anderen Fragen, im Gegentheil (Zuruf und Heiterkeit), gewiß im Gegentheil. Wir sind bezüglich der Flotte einig im Ziel, aber nicht einig in den Wegen zu diesem Ziel, trotz der Hochfluth von Broschüren, die an das Jahr 1887 erinnern, nur daß ich nicht annehme, daß sie auch diesmal offiziös sind (Heiterkeit und Sehr gut! beim bayerischen Centrum), denn sagt, würden wir fragen, woher die Mittel? Aus welchen Fonds? In sehr interessanten Ausführungen ist hingewiesen worden auf den Artikel 71 Absatz 1 der Verfassung. Dieser Artikel sagt, daß wir bewilligen können, aber nicht, daß wir bewilligen müssen. (Heiterkeit.) Angesichts der großen konstitutionellen Rechte, die wir noch haben, können Sie es uns nicht verargen, wenn wir uns nicht auf das Wässen stellen, sondern an die Regel halten, und die Regel ist die jährliche Bewilligung. Wenn der eine Theil der Vorlage den andern mit sich zieht, so werden wir unsern Theil der Verantwortung tragen.

Staatssekretär v. Posadowsky: Ich würde es für bedauerlich halten, wenn im Deutschen Reichstag die Gesplogeneheit zunehmen sollte, innere Angelegenheiten hier zu verhandeln. Ich glaube, wir thun gut, die Kompetenzen von Reich und Einzelstaaten streng auseinanderzuhalten. Die Erklärung aber, die namens der polnischen Fraktion Fürst Radziwill abgegeben hat, nöthigt mich zu einer kurzen Entgegnung. Es liegt der preussischen Staatsregierung fern, einen politischen Kampf gegen Polen zu führen (Gelächter bei den Polen), denn Unterthanen sind sie genau so, wie die Unterthanen deutscher Junge. Die preussische Staatsregierung hat aber das Interesse und die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der deutschen Bevölkerung in den polnischen Landestheilen die wirtschaftliche und politische Stellung erhalten bleibt, die für das preussische Staatsinteresse unbedingt nöthig ist. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. Murren bei den Polen.) Die Politik der preussischen Regierung geht dahin, das deutsche Element, wie es in den gemischten sprachlichen Landestheilen vorhanden ist, zu erhalten und zu stärken. Es liegt der preussischen Staatsregierung insbesondere fern, die polnische Bevölkerung germanisieren zu wollen. (Zuruf von den Polen: Kanu!) Ein solcher Versuch wäre fruchtlos und nach meiner Kenntniß der Verhältnisse auch thöricht. (Ruf: Ach hergeh!) Die Staatsbürger polnischer Junge sind aber Preußen und gehören als solche auch zum Deutschen Reiche. Der Vertreter der polnischen Fraktion hat anerkannt, daß die Verteidigung Deutschlands zur See eine notwendige Forderung sei, er hat auch sachlich die Berechtigung der Flottenvorlage nicht bestritten. Ich meine, dann hätte die Fraktion logischerweise auch die Pflicht, dafür zu stimmen (lebhafte Beifall), denn die polnischen Landestheile sind ein Theil des preussischen Staates, daher des Deutschen Reiches, und sie haben das ganz gleiche Interesse an der Verteidigung Deutschlands, wie die Staatsbürger deutscher Junge. (Lebhafte Beifall.) Ich hätte gewünscht, daß die polnische Fraktion aus politischen und tatsächlichen Gründen zu dieser Ueberzeugung gekommen wäre, und ich muß es zurückweisen, wenn hier im Reichstage gegen die preussische Regierung ein Angriff gerichtet wird, der den Anschein erweckt, als ob wir sojuzagen einen Krieg gegen die Polen führten. Wir vertreten die Staatsregierung, wir vertreten die Interessen der deutschen Bevölkerung, soweit es notwendig ist, wir werden aber die polnischen Unterthanen stets mit gleichem Maße messen, wie die Unterthanen deutscher Junge. (Lachen bei den Polen. Lebhafter Beifall.) Hierauf vertagt sich das Haus.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 24. März.

Am Bundesrathstische Staatssekretär v. Posadowsky, Tirpitz und Thielmann.
Fortsetzung der zweiten Verathung der Flottenvorlage.

Staatssekretär Tirpitz nimmt Hollmann gegen die Angriffe Schäblers in Schutz. Die Vorlage sei das Werk zehnjähriger angestrengter Arbeit. Hollmann habe nur Erlaubtungen gefordert, brauchte daher nicht einen bestimmten Plan vorlegen. Im übrigen sei Hollmann mit dem vorliegenden Gesetzentwurf einverstanden.

Abg. Hilpert (Bayr. Bauernbund) erklärt, seine Freunde seien ebenso patriotisch wie alle diejenigen, welche für die Vorlage stimmten; sie lehnten die Vorlage lediglich wegen der Nothlage der Landwirtschaft ab.

Abg. Richter: Es handelt sich hier weniger darum, ob die Annahme der Vorlage den Respekt vor Kaiser und Reich erhöhen werde, es handle sich vielmehr um eine Statfrage. Die Bedeutung der Flotte werde entschieden überschätzt, wenn auch zugegeben werden müsse, daß Deutschland eine Flotte brauche. Wenn man genau rechne, seien bereits jetzt schon so viele Auslandschiffe vorhanden, wie von der Vorlage gefordert werden. Die Hauptausgaben würden also für die Schlachtflotte nöthig sein, denn nach der Vorlage fehlten 16 Schiffe. Diese würden 400 Millionen kosten. Das stehe jedoch in keinem Verhältniß zu der wahren Bedeutung der Schlachtflotte. Redner tadelt die Stellungnahme des Abg. Ridert zur Flottenvorlage. Die Ehrenrettung Hollmann's von Seiten des Staatssekretärs Tirpitz sei mißlungen. Hollmann hätte das Gegentheil vertreten. (Der Reichsanzeiger betritt den Saal.) Seine Freunde können sich nur ablehnend gegen das Gesetz verhalten. Das Centrum sei in dieser Frage nicht konsequent gewesen. Wer da sage,

daß der Bestand der Flotte nicht von zufälligen Majoritäten abhängen dürfe, der gebe seiner Neigung zum Absolutismus Ausdruck, und zwar zum Militärabsolutismus.

Staatssekretär v. Tirpitz: Der Borredner sprach früher gegen die Uferlosigkeit, jetzt gegen den nun endlich vorliegenden feiten Plan. In der Kommission habe ich die sachlichen Begründungen gegeben, der Abg. Richter scheint diesen aber nicht gewachsen gewesen zu sein.

Staatssekretär Thielmann stellt einige Zahlen Richter's richtig.

Abg. Bennigsen (nat.-lib.): Der Abg. Richter würde seine Rede nicht gehalten haben, wenn er nicht vorausgesehen hätte, daß der Gesetzentwurf angenommen werden würde. (Heiterkeit.) Redner wendet sich fobann gegen einzelne Ausführungen Richter's, besonders habe er Windthorst ganz falsch gezeichnet. Das Aternat sei im Jahre 1890 bei der Bewilligung der 4. Bataillone zur Anwendung gekommen und das sei damals ein ganz anderes Finanzobjekt gewesen, wie diese Vorlage. Es sei auch durchaus unzutreffend, daß die Marineverwaltung lange Zeit hindurch in Entschlußlosigkeit zelegen habe. Wenn dies der Fall gewesen wäre, so hätten wir jetzt eine an Waffen und technischer Ausrüstung völlig unzulängliche Seemacht. Wenn wir mit den in der Vorlage angegebenen Mitteln eine Flotte erlangen, welche stark genug ist, um einer feindlichen Flotte in unseren Gewässern gegenüber treten zu können, so wird das sehr viel zur Veruhigung der großen wirtschaftlichen Interessen beitragen. Redner lobt die unparteiische Haltung des Abg. Lieber als Referenten und betont, die Haltung des Centrums gegenüber den nationalen Fragen sei ein Fortschritt.

See und Marine.

*** Das Militärdienstjubiläum des Fürsten Bismarck.**

Heute, 25. d. Mts., feiert Fürst Bismarck sein sechzigjähriges Militärdienstjubiläum. Im „Militär-Wochenblatt“ schildert der General v. Boguslawski aus diesem Anlaß in einer längeren Abhandlung die militärische Laufbahn des Fürsten Bismarck und seine Verdienste um die Armee. Der Aufsatz führt sich mit folgenden Sätzen ein:

Am 25. März werden es 60 Jahre sein, daß Fürst Bismarck in die Armee, und zwar in das Garde-Jägerbataillon eintrat, um seiner Wehrpflicht zu genügen, und der damalige Einjährig-Freiwillige wird nicht geahnt haben, daß er einst im Geere eine dem Feldmarschall gleichstehende Würde erlangen sollte. Er verbandte dies Aufsteigen seiner glorreichen Laufbahn als Staatsmann. Aber diese brachte es mit sich, daß er der Armee und der Erhöhung der Wehrmacht nicht einmal, sondern vielmals seine Kräfte weihen mußte; und daß seine thatkräftige, auf große Ziele gerichtete Politik dem Geere nach langem, nur durch kurze Kriegsepisoden unterbrochenen Frieden Gelegenheit gab, der Welt seine Ebenbürtigkeit mit den Siegern von Jecherbellin, Deutzen und Belle-Alliance zu beweisen. Die Vorbedingung dieser großen Feldzeit war eben die staatsmännische Kraft und Weisheit, mit der Bismarck die vom Könige beschlossene Reorganisation des Geeres gegen die Majorität der Volksvertretung und eine falsche Auffassung in der Nation selbst thatkräftig durchzusetzen mußte, wobei er mit seiner Person die volle Verantwortlichkeit übernahm; fobann aber das unbertreffliche Geschick, mit dem er später die politische Aktion einleitete. Wie der Name Bismarck ein Palladium der nationalen Größe geworden ist, so verkörpert sich auch in der Person des Fürsten die eigenartige Kraft seines engeren preussischen Vaterlandes. Bismarck ist während er die staatsmännische Laufbahn einschlug, doch Soldat, Wehrmann geblieben. Schon seine kriegerische, bühnenhafte Gestalt fiedt jedes Feindmann vor Augen. Stets wird er in der Erinnerung der Deutschen so fortleben, wie er bei Sedan dem gefangenen Kaiser entgegentrat, in der Felduniform der schweren Kavallerie. Viele Staatsmänner haben ihre Monarchen ins Feld begleitet, aber keiner außer Bismarck ist mit ihm Feuer geblieben, ist dem König-Feldherrn in den Schlachten zur Seite geblieben. Wer wollte es tabeln, wenn der Staatsmann sich von den Kämpfen fern hält? Aber in Bismarck lebte der preussische Geist des mächtigen Abels und das Gefühl des preussischen Offiziers. So hat er 1866 die Feuertaufe wie jeder andere Soldat empfangen. Er ist nicht aufgesehen zu diesem Rang aus Rücksicht auf Geburt und Etikette, sondern jeder deutsche Soldat kann voll anerkennen, daß Fürst Bismarck seinen militärischen Rang durch seine Verdienste um die Armee erworben hat.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 24. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte heute Vormittag die Vorträge des Präsidenten Dr. Nicolai und Nachmittags diejenigen des Majors von Pannemitz, des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo und des Legationssekretärs Dr. Seyb.

Abends hält der Geheimen Rath Professor Dr. Engler von der Technischen Hochschule einen Vortrag vor den Großherzoglichen Herrschaften über seine Reise nach Egypten. Hierzu sind zahlreiche Einladungen ergangen.

** Die Hauptprüfung im Fortsache erstreckt sich nach der geltenden Prüfungsordnung auch auf die »für den Fortmann wichtigen Lehren des bürgerlichen Rechts (Sachen- und Obligationenrechts)«. Das Großh. Ministerium des Innern hat nunmehr angeordnet, daß die Prüfung in genanntem Wissenszweige erstmals im Jahre 1899 auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuches zu geschehen hat; es sind jedoch schon im Jahre 1898 Kandidaten, welche bereits Vorlesungen über bürgerliches Recht nach Maßgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches gehört haben, auf ihren Antrag nach dem neuen Gesetzbuche zu prüfen und es sind andererseits auch im Jahre 1899 diejenigen Kandidaten, welche einen dahingehenden Antrag stellen, noch nach dem badiſchen Landrecht zu prüfen. Für die späteren Jahre ist es der Großh. Domänenverwaltung anheim gestellt, im Einzelfalle auf begründetes Ansuchen Dispens zu ertheilen und die Prüfung nach dem Landrecht abzunehmen.

** Wie uns mitgetheilt wird, wurde für den Bereich der Main-Redar-Bahn, der Preussischen Staatsbahnen, einschließlic der Eisenbahndirektion Mainz unterstehenden Linien, der Sächsischen Staatsbahnen, sowie der Niederländischen Staats- und der Holländischen Eisenbahnen anlässlich der bevorstehenden Osterfeiertage angeordnet, daß alle am 29. März l. J. und

an den folgenden Tagen gelösten Rückfahrkarten von sonst kürzerer Gültigkeitsdauer bis zum 22. April 1. Z. einschließlich zur Rückreise benutzt werden dürfen und selbst noch darüber hinaus gelten, wenn nur die Rückfahrt spätestens bis Mitternacht dieses Tages angetreten und ohne Unterbrechung fortgesetzt wird.

Diese Anordnung erstreckt sich auch auf die bei einzelnen badischen Stationen aufliegenden Rückfahrkarten der Main-Neckar-Bahn von Heidelberg nach Weinheim, Darmstadt und Frankfurt a. M.

Die Benützung der Rückfahrkarten auf den badischen Bahnen, sowie den übrigen süddeutschen Bahnen, welche die zehntägige Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarten angenommen haben, wird hierdurch nicht berührt; im Bereich dieser Bahnen bleibt es also bei den allgemein erlassenen Bestimmungen.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz. Seine königliche Hoheit der Großherzog hat die Gnade gehabt, der Bitte des Gesamtvorstandes des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz zu entsprechen und das Protokoll über den Verein zu überreichen. Gewiss werden die im Lande dem Roten Kreuz dienenden Vereine ihre Dankbarkeit für diesen Allerhöchsten Gnadenbeweis dadurch bezeugen, daß sie mit neuem Eifer und in verstärktem Maße sich an den Arbeiten zur Vorbereitung und Durchführung der dem Roten Kreuz in Friedenszeiten wie im Ernstfalle obliegenden hohen Aufgaben beteiligen und dadurch beitragen, daß die Bevölkerung den Segen des Roten Kreuzes mehr und mehr erkennen lernt und Interesse für die Thätigkeit unter denselben gewinnt.

Koloßseum. Das gegenwärtige Programm der Varietévorfstellungen im Koloßseum bietet wieder in reichhaltiger Mannigfaltigkeit angenehme Unterhaltung und zum Theil sehr sehenswerthe Nummern. Vor allem sind es die „Handakrobaten“ Gebirder Schadow, die staunende Anerkennung finden. Ihre Produktionen stellen Kraftleistungen ersten Ranges dar. Die ungarisch-deutsche Soubrette Anna v. Katalffy erfreut durch ihre frische kräftige Stimme. Als vorzügliche Turner bewähren sich die drei Silbarez (eine Dame und zwei Herren) am „fliegenden Parterre-Red“. Der gewandte Komiker Paul Stanke wirkt überaus belustigend durch sein Aeußeres, wie durch seine Forträge. Zu erwähnen sind noch das Gesangs- und Tanzensemble Birkbors, eine Art Barrikade-Imitation, der Doppelpersonvirtuose Romani und die Duettisten Geschwister Margit, die ebenso wie die Hauskapelle zur Unterhaltung beifens beitragen.

Stellung der Strafkammer III vom 23. März. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dürr. Vertreter der Groß- und Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Duffner.

Der 21 Jahre alte Mechaniker Paul Weber aus Eisleben wurde wegen Fahrabdiebstahls unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft mit 4 Monaten Gefängnis bestraft. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde die Anklage gegen den 37 Jahre alten Kutcher Anton Mezmaier aus Baden wegen Verbrechens gegen § 176^a verhandelt. Der Fall endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu acht Monaten Gefängnis.

Dem Schöffengericht Durlach waren wegen Widerstands, Schmähung und Mißachtung der Dienstpflicht Karl Friedrich Hübel von hier zu vier Wochen Gefängnis und drei Wochen Haft, der Weisgerber Josef Ehnis aus Böblingen zu vier Wochen Haft, der Weisgerber Emil Bühler aus Durlach zu drei Wochen Haft und der Hausburde Josef Kalle aus Weisgerber zu vier Wochen Gefängnis und drei Wochen Haft verurtheilt worden. Die gegen dieses Erkenntnisses eingelegte Berufung verwarf die Strafkammer.

Geschworenenliste für das II. Quartal 1898.
1. Karl Augenstein, Architekt hier. 2. Karl Eple, Kaufmann in Rastatt. 3. Friedrich Steinbrenner, Kaufmann in Brötzingen. 4. Ernst Haug, Buchhändler in Pforzheim. 5. Eugen Holzmann, Kommerzienrath in Langenbrand. 6. Julius Bost, Kaufmann in Baden. 7. Friedrich Bach, Wagner in Brötzingen. 8. Karl v. Molitor, Fabrikant in Bretten. 9. Gottlieb Martin Wagner, Bürgermeister in Brötzingen. 10. Karl Ludwig Kesselhaus, Wirth in Singheim. 11. Nikolaus Heil, Privatier in Neudorf. 12. Ernst Döhrcher, Kaufmann hier. 13. Karl Rab, Rentner in Baden. 14. Oskar Fischel, Fabrikant in Bruchsal. 15. Eduard Armbruster, Privatier in Pforzheim. 16. Georg Griffl, Oberingenieur in Ettlingen. 17. Johann Krautinger, Hofmechaniker hier. 18. Stefan Witzrieth, Kaufmann in Rothensfeld. 19. Emil Marx, Fabrikant in Bruchsal. 20. Julius Sals, Fabrikant in Pforzheim. 21. Karl London, Fabrikant in Pforzheim. 22. Daniel Holzappel, Maurermeister in Diersbräu. 23. Max Hiller, Fabrikant in Pforzheim. 24. Erasmus Mittel, Gemeinderath in Muggensturm. 25. Friedrich Adenheil, Kaufmann in Doss. 26. Albert Pring, Brauereibesitzer hier. 27. Eduard Bunsch, Kaufmann in Brötzingen. 28. Karl Schilde, Kaufmann in Ettlingen. 29. Wilhelm Peter, Architekt hier. 30. Karl Oberst, Rentner in Baden.

Lehr. 23. März. Der Bürgerausschuß beriet und genehmigte in seiner heutigen Sitzung den städtischen Voranschlag für das Jahr 1898. Von den Gesamtumlagegaben in Höhe von 370 401 M. sind 174 524 M. durch Umlagen zu decken. Der Umlagefuß (50 Pf.) bleibt der gleiche wie bisher. — Die der Stadt Jahr für 1898 zuzufallenden Sparkassenüberschüsse im Betrage von 13 470 M. werden in folgender Weise Verwendung finden: Auf Naturalverwaltung durchreisender Handwerksburschen 1 100 M.; auf die höhere Mädchenschule 4 700 M.; auf die erweiterte Volksschule 7 670 M. — Im Kasinoaal hielt Professor Duxen-Glehen für die Mitglieder der Kasino-Gesellschaft und des Kaufmännischen Vereins einen Vortrag über „Kaiser und Reich in Versailles 1870/71“, der auf die zahlreichen Zuhörer einen gewaltigen Eindruck machte.

St.L.A. Am 23. März 1898 waren im Großherzogthum verheuert:

Am Maul- und Klauenseuche:
Amtsbezirk Konstanz: Gemeinden Konstanz und Wollmatingen; Ueberlingen: Baitenhausen (Miedetsweiler), Beuren, Homberg, Mühlhofen (Wehardsweiler), Oberödingen, Niebheim und Ueberlingen; Bönndorf: Grafenhausen und Ueberlingen; St. Blasien: Schluchsee; Waldshut: Bamholz, Remetschmühl und Waldshut; Emmendingen: Ebdingen; Örsbach: Zannentrich; Mühlheim: Anggen, Brötzingen, Malsburg (Bogelbach), Neuenburg und Egentrich; Schopfheim: Maulburg; Rehl: Badersweiler; Achern: Oberasbach; Bühl: Bühlthal und Neusäß; Bretten: Friesingen und Reibshaus; Bruchsal: Bruchsal; Durlach: Eingen; Ettlingen: Pfalz; Karlsruhe: Bellerhheim; Pforzheim: Neuhäusen, Delselbronn und Pforzheim; Schwetzingen: Manstadt und Neilingen; Eppingen: Rohrbach; Heidelberg: Lampenhain und Müdenloch; Singheim: Ehrstädt, Dasselbach, Hilsbach und Kirchardt; Adelsheim: Leibentadt und Semfeld; Baden: Weisenbach und Rinsheim; Malsbach: Mühlheim und Mosbach; Tauberbischofsheim: Dittigheim, Lauda und Werbach; Wertheim: Rastatt. Au a. Rh.

Am Schluß des Monats Februar waren durch Maul- und Klauenseuche verheuert:

a. In Württemberg 54 Oberämter mit 204 Gemeinden, darunter im Neckarreis die benachbarten Oberämter Brackenheim mit 3 Gemeinden, Heilbronn und Maulbronn mit je 4, Leonberg mit 2, Neckarjurt mit 3 und Waiblingen mit 7 Gemeinden; ferner im Schwarzwaldkreis die benachbarten Oberämter Gailm mit 3 Gemeinden, Nagold und Oberndorf mit je 2 und Neuenbürg mit 1 Gemeinde; ferner im Jagstkreis die benachbarten Oberämter Künzelsau mit 6, sowie Mergentheim mit 3 Gemeinden und schließlich im Donaukreis das benachbarte Oberamt Ravensburg mit 8 Gemeinden.

b. In Hessen 12 Kreise mit 19 Gemeinden, darunter die benachbarten Kreise Bensheim mit 1 Gemeinde und Worms mit 3 Gemeinden.

c. In Elsaß-Lothringen in 12 Kreisen mit 59 Gemeinden, darunter im Bezirk Unter-Elsaß die benachbarten Kreise Haguenau, Straßburg-Land und Weissemburg mit je 1 Gemeinde; ferner im Bezirk Ober-Elsaß die benachbarten Kreise Altkirch mit 16, Colmar mit 5, Mühlhausen mit 8 und Thann mit 6 Gemeinden.

Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Freitag, 25. März. Hauptversammlung der Zuchtgenossenschaft Ueberlingen in Steffelsfeld; Generalversammlung des Landeskonsumvereins in Fiedelsheim.

Sonntag, 27. März. Landwirtschaftliche Besprechungen in Hegne, Fäken, Zengen, Peterzell und Giffelheim; Generalversammlung in Stetten a. L. M.; landwirtschaftliche Bezirksversammlung in Gutsch; Generalversammlung in Wertheim; Generalversammlung des Ortsvereins in Neesburg.

Freitag, 1. April. Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsumvereins in Wäßlingen; ordentliche Generalversammlung des Rindlichen Kreditvereins in Friesingen.

Sonntag, 2. April. Generalversammlung des Vorwärtsvereins in Planstadt.

Sonntag, 3. April. Ordentliche Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsumvereins in Leutershausen; Generalversammlung des Darlehens-Kassenvereins in Bodman; Generalversammlung der ländlichen Kreditvereine in Birndorf, Altsamstadt und Dtersweiler.

Freitag, 15. April. Generalversammlung des Darlehens-Kassenvereins in Fiedelsheim.

Badischer Landtag.

61. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Donnerstag, den 24. März 1898.

(Vorläufiger Bericht.)

In der heutigen Sitzung wurde der Gesetzentwurf betreffend die Steuererhebung im Monat April 1898 auf Antrag des Berichterstatters, Abg. Dr. Wildkens, in abgeklärter Form beraten und einstimmig angenommen.

Ebenso wurde der Centrumsantrag auf Einführung von Kreisverordnungsblättern nach kurzer Debatte, an der sich die Abgg. Wacker, Fieser, Heimbürger und Ged, sowie Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Dr. Eisenlohr, betheiligten, mit 28 gegen 21 Stimmen angenommen.

Sodann wurde in die Spezialberatung des Budgets des Groß- Ministeriums des Innern eingetreten.

Zu Titel I (Ministerium) stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag auf Streichung des Ministergehalts, der jedoch mit allen gegen die fünf Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt wurde.

An der mehrtägigen Debatte, in der neben diesem Antrag hauptsächlich die Frage der Errichtung von Arbeiterwohnungen erörtert wurde, nahmen Theil: die Abgg. Laud, Ged, Armbruster, Genedy, Dr. Wildkens, Fieser, Delisle, Wacker, Wittum, Pfisterer, Dreesbach, Leimbach, Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Dr. Eisenlohr, und Ministerialdirektor Dr. Schentel. Titel I wurde genehmigt; ebenso Titel II bis IX.

Zu Titel IV (Verwaltungshof) ergriffen das Wort die Abgg. Breiner und Giesler.

Um 12^{1/2} Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung: Samstag, 26. März, Vormittags 9 Uhr.

* Karlsruhe, 24. März. 62. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 26. März 1898, Vormittags 9 Uhr:

1. Angelegenheiten neuer Eingaben.
2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über die Petition des „Badischen Amtsstellensprengels“, die Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Amtsstellensprengler und Polizeistatuare betreffend. Berichterstatter Abg. Laud.
3. Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Petition des Präsidiums des Bezirksvereins Baden-Pfalz im deutschen Fleischerverband, die Aufhebung der Fleischeraccise betreffend. Berichterstatter: Abg. Kopp.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Berlin**, 23. März. Die Kommission des Reichstages hat heute die zweite Lesung der Novelle zur Konkursordnung beendet, nachdem zwischen der Regierung und der Kommission über die Frage des Zwangsvergleichs Uebereinstimmung dahin erzielt war, daß ein solcher nicht stattfinden darf, wenn die Masse weniger als ein Fünftel der Schulddumme beträgt. Zum Berichterstatter für das Plenum ist Abg. Baffermann bestellt. Man glaubt, daß das Gesetz im Plenum en bloc angenommen werden wird.

* **Berlin**, 24. März. Dem Abgeordnetenhaus ging ein Gesetzentwurf zu, betreffend die Aufbesserung des Dienstentkommens der Geistlichen beider christlichen Konfessionen.

* **Berlin**, 24. März. Nach einem Telegramm des stellvertretenden Gouverneurs von Kamerun traf der Chef der Kaubestimmung, Premierlieutenant von Carnap, von einer friedlichen und erfolgreichen Forschungs-Expedition nach dem südlichen Theile des Hinterlandes von Kamerun wohlbehalten in Kamerun über Woffo am Sangassuffe und über den Kongo zurück ein.

* **Darmstadt**, 24. März. Die Erste Ständekammer wird am 29. d. M. zusammentreten.

* **Wien**, 24. März. Das halbamtliche „Fremdenblatt“ erfährt, der Minister des Auswärtigen hat die Vertreter Oesterreich-Ungarns beauftragt, den Kabinetten mitzutheilen, die Regierung gedenke das auf Kreta befindliche Truppenkontingent bis zum 5. April abzurufen. Diese Maßregel solle naturgemäß nicht den Austritt Oesterreich-Ungarns aus dem europäischen Konzert bedeuten.

* **Paris**, 24. März. Die Seereskommission der Kammer nahm einen Antrag an, der die Regierung ermächtigt, im Falle einer überseeischen kriegerischen Unternehmung alle französischen Schiffe, wo sie sich auch befinden mögen, aufzuteilen zu dürfen. Gegenwärtig hat die Regierung nur das Recht des Aufgebots der in den heimischen Gewässern befindlichen Schiffe.

* **London**, 24. März. Lord Salisbury reist heute nach der Riviera. — Das Befinden Gladstone's ist etwas besser, doch ist der Kräftezustand unbefriedigend.

* **London**, 24. März. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Hongkong von gestern wird Prinz Heinrich, welcher sich am vergangenen Dienstag nach Swatow begeben hatte, morgen nach Hongkong zurückkehren. — Dasselbe Blatt erfährt ferner, die „Deutschland“ werde am 5. April a. c. bereit sein, in See zu gehen. — Am 29. d. M. gedenkt die Britische Gesellschaft von Hongkong dem Prinzen Heinrich zu Ehren einen Ball zu geben.

* **Madrid**, 24. März. Im Ministerrathe theilte der Ministerpräsident eine Depesche des Generals Blanco mit, in der es heißt, der Kapitän der „Maine“ bittet um die Erlaubniß, das Braut der „Maine“ mit Dynamit sprengen zu dürfen. Die Erlaubniß sei verweigert worden. Ueber den Bericht, betreffend den Unfall der „Maine“, wird strengstes Stillschweigen beobachtet.

* **Peking**, 23. März. Angesichts der neuerlichen Forderungen Rußlands gab sich im Tungli-Yamen eine starke Strömung dahingehend kund, der Aggression vom Westen her bis zum äußersten entgegenzutreten, und waren bereits Truppenzusammenziehungen und Verstärkungen der bedrohten Punkte angeordnet. Da jedoch, namentlich infolge des Widerspruches Li-Hung-Tschangs, keine Einmüthigkeit erzielt werden konnte, wurde beschlossen, im wesentlichen der russischen Forderung zuzustimmen, daß die Eisenbahnen durch die Mandchurie die Spurweite der russischen Bahnen und Anschluß nach Porth Arthur, Talien-Wan und Kientchu erhalten.

Verschiedenes.

† **Berlin**, 24. März. (Telegr.) Heute Vormittag fand in der Hedwigs-Kirche ein Requiem für den Herzog von Sagan statt. Demselben wohnte Seine Majestät der Kaiser, die Botschafter von Oesterreich-Ungarn, Italien, Rußland, Frankreich und England und die Gesandten von Bayern und Sachsen bei.

† **Nürnberg**, 24. März. (Telegr.) Nachdem gestern Abend in der Mühlernstraße bei einem Neubau ein Einsturz erfolgt war, wobei zwei Arbeiter schwer verletzt wurden, stürzte heute Früh auf der gegenüberliegenden Seite der Straße ein weiterer Theil eines Neubaus ein. Fünf Personen wurden verschüttet, wovon vier schwer verletzt aus den Trümmern hervorgezogen wurden.

† **San Franzisko**, 23. März. (Telegr.) Hier ist die Nachricht entgegengenommen, daß die Barke Helen B. Ann, welche am Sonntag vom goldenen Thor nach dem Copper River (Alaska) mit 13 Matrosen und 27 nach Klondike bestimmten Passagieren abging, bei der Punta Bonita gekentert sei, und daß befürchtet werde, daß Niemand gerettet werden konnte.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Freitag, 25. März. Abt. B. 50. Ab.-Vorst. (kleine Preise). Zum erstenmal wiederholt: „John Gabriel Borkman“, Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen. Anfang 7^{1/2} Uhr.

Familiennachrichten.

Auszug aus dem Karlsruher Standesbuch-Register.

Geburten. 18. März. Josef Friedrich, B.: Valentin Regner, Fellenhauer. — Karl Christian, B.: Karl Christian Mohr, Bahnarbeiter. — 19. März. Karl Josef, B.: Johann Edelmann, Kassenbeamter. — Siegfried Hellmuth, B.: Gottlieb Frieder. Heinzmann, Bureauhilfe. — 20. März. Oskar Hugo Georg, B.: Karl Oertel, Bauunternehmer. — 22. März. Hans, B.: Dr. Max Friedberg, Rechtsanwält. — Otto Friedrich Ludwig, B.: Ludwig Schmitt, Expeditionsassistent. — 23. März. Karoline, B.: Georg Seib, Schuldiener.

Eheschließungen. 24. März. Josef Erbold aus Hassenroth, Bienenwächtermeister hier, mit Maria Kreher aus Zmsbach. Todesfall. 23. März. Luise, Witwe von Johann Schweizer, Pfälzerer, 74 J.

Wetterbericht des Centralbureaus. Meteorol. u. Hydrol. v. 24. März 1898.

Die Luftdruckvertheilung hat seit gestern eine vollständige Umgestaltung erfahren. Der hohe Druck hat sich auf Nordwesteuropa verlegt und ein ziemlich tiefes Minimum ist über dem nördlichen Ozean erschienen. In ganz Mitteleuropa herrscht deshalb trübes Wetter mit Regen- und Schneefällen bei Temperaturen, die nur wenig über dem Gefrierpunkt liegen. Die Depression wird sich voraussichtlich ostwärts bewegen; es werden deshalb nördliche Winde und damit vielleicht noch weitere Abkühlung eintreten. Die Regen- und Schneefälle werden wahrscheinlich vorerst noch anhalten.

Witterungsbedingungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

	Barom. mm	Therm. in C.	Abol. Feuchtigk. in mm	Wind	Stimmel
23. Nachts 9 U.	739.7	6.2	4.4	SW	bedeckt
24. Morgs. 7 U.	735.1	3.6	5.3	SW	bedeckt
24. Mittags 2 U.	735.9	5.0	4.5	SW	bedeckt

1) Neif

Höchste Temperatur am 23. März 10.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 3.0.

Niederschlagsmenge des 23. März 3.1 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 24. März: 3.90 m, gefallen 11 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

